

SPD Sozialdemokratischer pressediens

B/XXVI/22

2. Februar 1971

Schlichte Fakten

Zur finanzpolitischen Diskussion im
Bundestag

Von Claus Grobecker SPD-MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses des Bun-
destages

Seite 1 / 47 Zeilen

Luftvergiftung durch Autoabgase

EWG-Massnahmen zur Verhinderung der Luft-
verschmutzung

Von Ludwig Feilermaier SPD-MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 2 und 3 / 69 Zeilen

Nationalsozialistische Sumpflüten

Die Kirschen in Nachbars Garten ...

Seite 4 / 38 Zeilen

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEDERUNG bringt:

Selbstbestimmung und Ost-Verträge
Konsequenz aus den West-Verträgen
Opposition verzögert Flüchtlingshilfegesetz
Neuer Titel für alte Zeitschrift
Fragezeichen einer Deutschlandbilanz
Kleppers Tagebücher als Volksausgabe

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Haussallee 2-10
Postfach: 9153
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 30 37 - 88
Telex: 896 846 888 847
366 842 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Schlichte Fakten

Zur finanzpolitischen Diskussion im Bundestag

Von Claus Grobecker SPD-MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Wenn in dieser Woche im Bundestag der Jahreswirtschaftsbericht zur Diskussion ansteht und die 2. und 3. Lesung des Haushalts 1971 aufgerufen wird, wird es für die Sprecher der Regierungskoalition eine willkommene Gelegenheit geben, das wilde Geschrei der Opposition des letzten Jahres mit Hilfe schlichter Fakten und deren Darstellung zurückzuweisen.

Die Abschlußbilanz für 1970 stimmt. Die restriktive Haushaltsführung der Bundesregierung ist noch unterhalb der vom Parlament mit 9 vH. Wachstumsteigerung gegenüber 1969 gezogenen Grenze geblieben. Die Steigerungsrate betrug tatsächlich nur 7 vH.. Bei einer Steigerung des Bruttosozialprodukts von 12 vH. ist das mehr als konjunkturgerecht. Dagegen wollten uns CSU/CDU-Politiker das ganze Jahr über klar machen, der Haushalt würde mindestens um 13 vH. steigen. Auch die übrigen Konjunkturmaßnahmen der Bundesregierung wurden wirksam. Im zeitlichen Abstand genau aufeinander abgestimmt, haben sie zur Beruhigung der konjunkturellen Lage geführt. Wer erinnert sich da noch an die dunklen Prophezeiungen der CSU/CDU-"Wirtschaftsexperten" ?

Die Ausgangsposition für 1971 ist günstig. Als Bundesfinanzminister Alex Müller im September 1970 den Einhundert-Milliarden-Mark-Haushalt für 1971 in das Parlament einbrachte, gab es Unkenrufe allerorten: Der Haushalt sei "konjunkturschädlich", er fördere die inflationistischen Tendenzen und überhaupt sei die Ausweitung um 12 vH. eine Katastrophe. Nichts von dem wagt heute noch ein Oppositionssprecher zu behaupten, ohne sich der Lächerlichkeit preiszugeben. Der Etat für 1971 muss voll ausgefahren werden, um die Konjunktur zu stützen. Eine vielleicht erhoffte oder gar "gewollte" Rezession wird es 1971 nicht geben. Die Bundesregierung wird, wenn es nötig ist, in gleicher Reihenfolge und im gleichen zeitlichen Abstand Gas geben, wie sie 1970 gebremst hat: Diskontsatzsenkung (als Maßnahme der Bundesbank schon eingeleitet), progressiver Haushalt, Auflösung der Konjunkturausgleichsfrage durch die öffentliche Hand und schliesslich Rückzahlung des Konjunkturausfalls auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Hätte die Regierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen die Ratschläge der CSU/CDU-Fraktion zur Wirtschafts- und Finanzpolitik (sofern es welche gab) befolgt: Wir säßen heute tief in der Rezession. - Ein Wort noch zu den Steuermindereinnahmen 1970/71: Der Zeitpunkt der Gewinnerzielung und der damit fälligen Steuerschuld bei allen veranlagten Steuerarten ist nicht synchronisiert. Die Steuern laufen also (im Gegensatz zur Lohnsteuer) später ein als die Gewinne erzielt worden sind. Hier wird es durch die Steuerreform zu Änderungen kommen müssen. Vorschläge dafür gibt es bereits. MdB Konrad Porzner, Steuerfachmann der SPD-Fraktion, schlug vor: Die Stundungen der Steuerschuld bei den veranlagten Steuerarten sollten bleiben - aber nur noch unter marktmässiger Verzinsung zu Gunsten der öffentlichen Hand. Das ist ein Vorschlag, der bei der Steuerreformdiskussion nicht unter den Tisch fallen sollte.

Luftvergiftung durch Autoabgase

EWG-Maßnahmen zur Verhinderung der Luftverschmutzung

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Entscheidung der Bundesregierung, den Bleigehalt der Vergasertreibstoffe im Interesse der Gesundheit gesetzlich auf einen Höchstwert zu begrenzen, zwingt die EWG-Kommission auf diesem Gebiet ebenfalls aktiv zu werden.

Damit wird die Bundesregierung zum zweiten Mal Vorreiter einer europäischen Harmonisierung im technischen Bereich der Kraftfahrzeugwirtschaft. Bekanntlich treten in diesem Jahr die EWG-Richtlinien über Maßnahmen gegen die Verunreinigung der Luft durch Abgase von Kraftfahrzeugmotoren in allen sechs Mitgliedsländern in Kraft. Der Richtlinie der EWG-Kommission vorausgegangen war eine Rechtsverordnung der Bundesregierung. Inzwischen ist in der europäischen Richtlinie festgelegt worden, daß die Betriebs-erlaubnis für neue Kraftfahrzeuge in der EWG nur noch erteilt werden darf, wenn nach Prüfung des Gehalts an Kohlenmonoxyd der bei Leerlauf einer Kraftfahrzeugmotors ausgestossenen Auspuffgase 4,5 vH. nicht überschritten werden.

Die Kommission hat auf eine parlamentarische Anfrage sozialdemokratischer Abgeordneter im Europäischen Parlament jetzt erklärt, sie würde durch die Tatsache, daß die Bundesrepublik die Absicht habe, den Bleigehalt bei Vergasertreibstoff zu begrenzen, prüfen, inwieweit eine Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf diesem Gebiet notwendig ist.

Die Kommission weist in ihrer Antwort darauf hin, daß unterschiedliche gesetzliche Vorschriften über den Bleigehalt technische Handelshemmnisse hervorrufen könnten, die sich auf das Funktionieren des gemeinsamen Marktes ebenso wie auf den Umweltschutz in den sechs EWG-Ländern auswirken könnten.

Die Kommission hat deshalb dem Ministerrat zur Verwirklichung der Den Haager Grundsatzbeschlüsse zu einer gemeinsamen technologischen Entwicklung in der Gemeinschaft eine grundsätzliche

Stellungnahme zugeleitet, in der es u.a. heißt:

"In erster Linie muß die Gemeinschaft darauf bedacht sein, zu vermeiden, daß neue gesetzliche Regelungen, die ohne einheitlichen Plan getroffen werden, Behinderungen des Handelsverkehrs oder Verzerrungen des Wettbewerbs hervorrufen. Die Verträge bieten bereits eine gewisse Handhabe, um diesem Problem zu begegnen, aber es liegt schon jetzt auf der Hand, daß eine nachträgliche Harmonisierung unbefriedigend bleiben muß.

Aus diesem Grund sowie um den Erfordernissen einer Gesamtstrategie der sozialen, industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung zu entsprechen, müssen auf Gemeinschaftsebene die Ziele und Maßnahmen festgelegt werden, die die Lebensbedingungen der Europäer von morgen bestimmen und die Stellung Europas gegenüber den übrigen großen Räumen sowie die Zusammenarbeit mit ihnen festigen.

Um auf diesem Wege voranzukommen, hält es die Kommission für unerlässlich, ein mittelfristiges Aktionsprogramm für die in der Gemeinschaft zu erlassenden neuen Rechts- und Verwaltungsvorschriften aufzustellen, das nach Konsultierung von Industrien, Gewerkschaften und beteiligten Fachorganisationen unter Nutzung der in anderen Bereichen durchgeführten Voruntersuchungen auszuarbeiten ist. Dieses Programm soll insbesondere Vorschläge für die anzuwendenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie für die erforderlichen Programme für Forschung und technologische Entwicklung enthalten".

Gegenwärtig untersucht die EWG-Kommission alle auf diesem Gebiet verfügbaren Angaben, die sich insbesondere auf die toxikologischen, epidemiologischen Wirkungen sowie auf die Verteilung des Bleis in der Luft der städtischen Gebiete beziehen. Nach Auswertung dieser Unterlagen will die EWG-Kommission angemessene Maßnahmen im Ministerrat und Parlament vorschlagen.

Danach kann man hoffen, daß die großen Probleme des Umweltschutzes immer mehr zu einer gemeinsamen europäischen Aufgabe werden, weil nationale Maßnahmen im freien Industriemarkt Europa naturgemäß nur noch begrenzten und unvollständigen Charakter haben können. Dieses Beispiel zeigt aber auch, wieviele Probleme in der technischen Harmonisierung eines freien Industriemarktes in einer bald größer werdenden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ihrer politischen Erledigung harren.

Nationalistische Sumpflüten

Die Kirschen in Nachbars Garten...

Die Wurzeln des deutschen Nationalismus waren tiefreichend, weitverzweigt - aber krank. Daran scheiterte das Kaiserreich und nach ihm die erste deutsche Republik. Im Nationalsozialismus wucherte das faule Wurzelwerk in alle Bereiche des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens hinein und bildete gefährliche Metastasen. Der Stamm der 'deutsche Eiche' ward morsch und brach zusammen.

Nach dem Zusammenbruch von 1945 ragten nur noch Stümpfe aus der umgebrochenen Landschaft und jene, die nicht ins Diesseits oder Jenseits emigriert waren, pflückten nun Kirschen von Nachbars Garten und hoffen auf den Tag, wo auf die faulen Stümpfe neue Reiser aufgepfropft werden könnte. Und der Tage waren noch nicht allzu viele vergangen als tatsächlich aus den Reisern neue Stinkblüten hervorbrachen, kaum erblüht, doch schon verwelkten. So geht das schon an die zwanzig und mehr Jahre. Form und Gewand wechselten, der Ludergeruch blieb, denn wer die 'Soldatenzeitung' nicht genießt, versucht sich mit der NPD, oder ihren vergänglichen Vorgängern, der Reichspartei, die DP und jetzt mit dem 'Widerstand'.

In seinem 'Bericht zur Lage der Nation' verwies Bundeskanzler Brandt auf diese Gruppen. Er sagte u.a.:

"Unsere Bemühungen... haben in den letzten Monaten zu recht heftigen Aktionen kleiner Gruppen geführt, deren Lautstärke in keinem Verhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Stärke stand. Diese Gruppen, die unter der mißbrauchten, in diesem Falle nekabren Parole 'Widerstand' versuchen, auch einen Teil der Heimatvertriebenen für ihre Ziele zu mißbrauchen, repräsentieren nicht die Politik unseres Landes und nicht den Willen der Bevölkerung. Es handelt sich um eine Sammlung von Resten radikaler Organisationen, die mit immer neuen Methoden versuchen, unzufriedene Mitbürger für ihre Zwecke einzufangen... Die Untaten des Hitlerregimes haben in der öffentlichen Meinung der Nachbarländer und darüber hinaus tiefe Spuren hinterlassen. Übernervöse Reaktionen in diesen Ländern müssen wir deshalb verstehen, auch wenn sie nicht durch die Tatsachen gerechtfertigt sind..."

Wenn diese nationalistischen Sumpflüten auch aufblühen und immer wieder dahinwelken, das kranke unterirdische Wurzelwerk dieses Unkrautes reicht bis in des Nachbars Garten und sucht dort, wie eh und je, seinen Nährboden zu erweitern. Je gründlicher es dort ausgeharkt wird, desto besser ist es für das deutsche Volk und Europa.